

Gegen das neue Wehrdienstmodernisierungsgesetz und Bundeswehrwerbung auf unserem Campus!

Viele von uns kennen die Wehrpflicht nur aus Geschichten unserer Eltern. Vor 16 Jahren wurde sie in Deutschland ausgesetzt – abgeschafft wurde sie aber nie, sondern lediglich auf den „Spannungs- und Verteidigungsfall“ beschränkt. Seit einiger Zeit fordern führende Militärs und Politiker lautstark ihre Wiedereinführung. Wie genau eine neue Wehrpflicht aussehen soll, wurde kontrovers diskutiert. Doch was steckt hinter diesen Plänen – und was bedeutet das für uns junge Menschen, insbesondere an einer Universität, die sich Bildung, Freiheit, Forschung und dem Motto „Frieden ist das höchste Gut“ verpflichtet hat?

Aufrüstung statt Bildung

Spätestens seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine wird in Deutschland in rasantem Tempo aufgerüstet. Erst kamen die 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“ für die Bundeswehr (vgl. Möckel, Alexandra 2022), dann die 500 Milliarden ‚Sonderpaket für Infrastruktur‘ und die Aussetzung der Schuldenbremse für unbegrenzte Rüstungsausgaben (vgl. Die Bundesregierung 2025).

24 Milliarden Euro sollen davon, laut Verteidigungsminister Pistorius, für die Bundeswehr bereitgestellt werden (vgl. Fleischer, Jörg 2025). Das ist schon jetzt spürbar, denn Laboes Marinendepots sollen von der Bundeswehr für 647 Millionen Euro ausgebaut werden (vgl. Behling, Frank 2025). Aber nicht nur dort soll sich die Bundeswehr ausweiten, sondern auch auf dem MFG-5 Gelände, auf welchem eigentlich Sozialwohnungen geplant waren. Auch die ehemalige Bundeswehrfachschule nebst Aula, Teile der Marinetechnikschule, das Gelände Kiel-Schusterkrug, der Scheerhafenkomplex Kiel-Wik, ein weiteres unbebautes Gelände am Scheerhafen/ Mecklenburger Straße, die ehemalige Standortschießanlage Altenholz und Materialdepots in Kiel-Wik werden ausgebaut (vgl. Tagesschau 2025). 2026 wird die Bundesregierung planmäßig 108,2 Milliarden Euro in die Verteidigungsausgaben stecken (vgl. Deutscher Bundestag 2025). 2029 soll die Summe auf 152 Milliarden Euro erhöht werden (vgl. Redaktion der Bundeswehr 2025). Das ist eine Verdreifachung im Vergleich zu 2023 (ebd.). Während der Bund seine Ausgaben massiv in Richtung militärischer Aufrüstung verschiebt, geraten zunehmend die Hochschulen unter Druck - deren Finanzierung zunehmend über den Bundeshaushalt geregelt wird - da das Geld in die Bundeswehr gesteckt wird. (vgl. NDR 2025 und Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein 2020)

Währenddessen werden die Mittel für Bildung, soziale Infrastruktur und Kultur gekürzt:

Es werden Lehrerstellen gestrichen (vgl. Materne, Nadine 2025) und Hochschulen zum Sparen gezwungen (vgl. NDR 2025). Die CAU erhält jährlich finanzielle Mittel, welche nicht an die Erhöhung der Kosten wie Energie, Gebäude und Personal angepasst ist. Das bedeutet, dass die CAU 2029 ein Haushaltsdefizit von um die 40 Millionen Euro (das sind 15% der Gesamteinnahmen) zusteuert (vgl. Bruhn, Jennifer

2025). Zur Behebung dieses Defizits wird keine andere Lösung gefunden, als uns Studierende dafür zur Kasse zu bitten, denn wir müssen die jetzige Lücke von 7,2 Millionen Euro in Form der Verwaltungsgebühren schon jetzt zahlen (ebd.). Dieser explizite Abbau von finanziellen Mitteln ist kein Einzelfall, sondern findet in ganz Schleswig-Holstein, sowie auch in den meisten anderen Bundesländern statt (ebd.).

Diese Prioritätensetzung zeigt deutlich, was politisch gewollt ist: Mehr Geld für Kasernen und Waffen – weniger Geld für Bildung und soziale Sicherheit. Wir erkennen, dass unsere Bildung an den Hochschulen gegenüber der Aufrüstung keine Priorität mehr darstellt. Das neue Wehrdienstgesetz ist im Zuge dieser Militarisierung zu verstehen, welche die logische Schlussfolgerung mit sich zieht, dass das Geld im Haushalt vermehrt in Aufrüstung gesteckt wird und im sozialen Bereich eingespart werden sollen.

Nicht nur in den Haushalten, sondern auch bei der Präsenz auf dem Campus finden wir diesen Prioritätenwechsel wieder. Eigentlich sind unsere Unis Orte der Wissenschaft und des kritischen Denkens. Wenn die Bundeswehr auf unserem Campus mit ihrer Werbung auftritt, etwa bei Jobmessen oder Erstsemesterveranstaltungen, wird genau diese Idee untergraben. Es geht dabei nicht um berufliche Information, sondern um gezielte Nachwuchsgewinnung für militärische Strukturen. Eine Universität, die sich dem Frieden verpflichtet, darf keine Bühne für militärische Werbung bieten.

Zwang statt Selbstbestimmung

Das neue Wehrdienstmodernisierungsgesetz ist kein harmloses Reformprojekt. Es schafft die Grundlagen für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht. Geplant ist, dass alle Männer mit der Vollendung des 18. Lebensjahr ab dem 01.07.2027 (ab dem Geburtstag 31.12.2007) verpflichtend einer Musterung unterzogen werden sollen (vgl. Bundesregierung 2025). Diese Musterung soll Fähigkeiten und die Bereitschaft zum Dienst prüfen und so der Bundesregierung ein aktuelles Lagebild verschaffen, welches eine eventuelle Verpflichtung des Wehrdienstes vereinfachen soll (ebd.). Wer sich der Musterung entzieht, dem droht Bußgeld (vgl. Bundesregierung 2025). Zeitgleich soll die Bundeswehr an Attraktivität gewinnen und somit Freiwillige anziehen (ebd.). So soll das Soldatengesetz verändert, und damit Anreize, wie zum Beispiel Zuschüsse für den Führerschein, geschaffen werden (ebd.). Der Lohn wird planmäßig bei 2.600€ brutto liegen (vgl. Henneke, Sebastian 2025).

Zunächst scheint dieses Gesetz auf Freiwilligkeit zu beruhen. Doch schon jetzt ist im Gesetz zu erkennen, dass die Wehrpflicht nicht weit entfernt liegt. Denn wenn die angestrebte Zahl von 460.000 der Soldaten*Innen und Reservisten*Innen nicht erfüllt wird kann der Pflichtdienst wieder eingeführt werden (vgl. Bundesregierung 2025). Derzeit wird noch an der Beschaffung von mehr Unterbringungsmöglichkeiten gearbeitet, damit die planmäßig steigende Zahl der Rekruten und Rekrutinnen untergebracht werden können (vgl. Fleischer, Jörg 2025).

Zwar ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung im Grundgesetz verankert (Art. 4), doch mit einer künftigen Verpflichtung zum Dienst werden auch Verweigerer erneut erfasst: Sie müssen dann einen sozialen Pflichtdienst ableisten und dort als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden (ebd.).

Wir aber wollen frei entscheiden können, wie wir unserer Leben gestalten – und nicht durch Musterung, Pflichtdienste oder ökonomischen Druck in Uniformen gezwungen werden. Denn während unser Lebensunterhalt zunehmend unbezahlbar wird, die

Semestergebühren immer weiter steigen, die Mietenpreise explodieren und wir mit Minijobgehalt oder nicht ausreichendem Bafög nicht über die Runden kommen, wird unsere finanzielle Not und Perspektivlosigkeit für die Rekrutierung zur Bundeswehr genutzt. Mit diesem ökonomischen Druck kann man schon jetzt nicht mehr von Freiwilligkeit sprechen.

Werbung und Militarisierung

Die zunehmende Militarisierung und die Aufrüstung der Bundeswehr beziehen sich nicht nur auf den Ausbau von Kasernen, Waffensystemen und den Ausbau militärisch geeigneter Infrastruktur. Personell soll ebenfalls aufgestockt werden. Wie 2017 schon von der Bundeswehr selbst erkannt wurde, wollen die meisten jungen Menschen nicht freiwillig zur Bundeswehr (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2017: 4). „Wenn junge Menschen nicht mehr automatisch zur Bundeswehr kommen, kommt die Bundeswehr eben zu ihnen“, schreiben sie, als sie ihre neue YouTube Serie bekannt gegeben haben (Bundesministerium der Verteidigung 2017: 4)

Klares Ziel ist die Aufstockung der Truppenstärke im Sinne einer „Kriegstüchtigkeit“. Dafür nutzen sie alle Mittel, um in den Alltag von uns jungen Menschen einzutauchen und uns mit Versprechungen und sicheren finanziellen Perspektiven zur Bundeswehr zu locken.



Ausschnitt aus „Arbeitgeber Bundeswehr im Visier“, (Bundesministerium der Verteidigung 2017: 4)

Die Bundeswehr betreibt seit Jahren groß angelegte Werbekampagnen – auf TikTok, in Straßenbahnen, an Schulen und zunehmend auch an Hochschulen. Mit 3 Millionen Euro Budget im Jahr, ausschließlich für Werbung auf Social Media, sind die Werbeclips mit Influencern wohl an keinem von uns vorbei gegangen (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2017: 4). 2023 wurde die bisher größte Imagekampagne gestartet (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2023). Auch auf der, von den Kieler Hochschulen ausgerichteten, Talent transfer kamen wir dieses Jahr an Ständen von der Bundeswehr und Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall nicht vorbei (vgl. talent transfair 2025). Jugendoffiziere treten als harmlose Informationsvermittler auf, doch Ziel ist die Normalisierung des Militärischen im Alltag und die Rekrutierung junger Menschen für den Wehrdienst. Unter dem Deckmantel von Karriere, Abenteuer und Gemeinschaft wird das Militär als attraktive Option dargestellt. Sie zwingen uns ökonomisch und vielleicht in Zukunft auch ganz direkt an der Waffe zu stehen und für die geopolitischen Interessen Deutschlands zu kämpfen.

Anstatt uns junge Menschen mit vermeintlichen Vorteilen zum Dienst an der Waffe zu locken, sollte in unsere Bildung investiert werden. Jeder Euro für Werbung, Ausbau von Liegenschaften Forschung an U-Booten und Rüstung fehlt in Schulen, Kitas, Krankenhäusern und bei uns an der Uni.

Deswegen fordern wir: Die Bundeswehr darf auf unserem Campus keinen Platz für ihre Rekrutierungsversuche haben. Wir brauchen eine Uni, die sich nicht nur auf dem Papier, sondern auch in Taten für zivile Forschung und den Frieden einsetzt. Wir sprechen uns klar gegen das neue Wehrdienstmodernisierungsgesetz aus. Statt das Geld in Aufrüstung zu stecken fordern wir mit diesem Geld die prekäre Unterfinanzierung der Hochschulen zu stoppen.

Quellenangaben:

Behling, Frank (2025): Munitionsdepot Laboe: Eine der geheimsten Kasernen wird ausgebaut. URL: <https://www.kn-online.de/lokales/ploen/munitionsdepot-laboe-das-passiert-in-einer-der-geheimsten-kasernen-der-bundeswehr-TZWMKSK7KRDMBN6HSJEQXKJQBQ.html> (Download: 03.11.25).

Bruhn, Jennifer (2025): Unis befürchten schlechteres Bildungsangebot und Personalabbau. URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/unis-befuerchten-schlechteres-bildungsangebot-und-personalabbau,hochschulen-100.html> (Download: 23.11.25).

Bundesministerium der Verteidigung (2017): Arbeitgeber Bundeswehr im Visier. URL: <https://www.bmvg.de/resource/blob/30086/c5b645d2eb6107a8f57f9b8767e648b0/im-visier-04-fruehjahr-2017-data.pdf> (Download: 25.11.25).

Bundesministerium der Verteidigung (2023): „Deutschland braucht eine starke Bundeswehr. Arbeite mit uns daran“. URL: <https://www.bmvg.de/de/presse/neue-arbeitgeberkampagne-deutschland-braucht-starke-bundeswehr-5618030> (Download: 25.11.25).

Deutscher Bundestag (2025): Etat 2026: Änderungen im Verteidigungshaushalt beschlossen. URL: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1121624> (Download: 21.11.25).

Die Bundesregierung (2025): Investitionsoffensive für das ganze Land. URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/sondervermoegen-2356240> (Download: 03.11.25).

Die Bundesregierung (2025): Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Wehrdienstes – Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDMoG). URL: <https://www.bmvg.de/resource/blob/5988804/d1c61437234ee4b30eae48f2994ccee/dl-regierungsentwurf-gesetz-modernisierung-des-wehrdienstes-data.pdf> (Download 25.11.25).

Fleischer, Jörg (2025): Minister Pistorius: “Historische Zeitenwende bei den Verteidigungsausgaben”. URL: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/pistorius-gibt->

[statement-etatentwurf-2025-5958010#:~:text=Mehr%20als%2086%20Milliarden%20Euro,Entscheidend%20sei:&text=F%C3%BCr%20uns%20ist%20wichtig%2C%20dass%20wir%20diese%20Aufgabe%20jetzt%20z%C3%BCgig%20umsetzen.&text=Es%20gehe%20um%20Beschaffung%20f%C3%BCr,Drohnen%2D%20und%20Drohnenabwehrsysteme%20sowie%20Munition.](#) (Download: 03.11.25).

Fleischer, Jörg (2025): 40.000 Unterbringungsplätze für Rekrutinnen und Rekruten bis 2031. URL: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/40000-unterbringungsplaetze-bis-2031-geplant-6004624> (Download: 27.11.25).

Henneke, Sebastian (2025): Neuer Wehrdienst: Alles zu Gehalt, Benefits, Einsatzort – das gilt ab 2026. URL: <https://oeffentlicher-dienst-news.de/neuer-wehrdienst-alles-zu-gehalt-benefits-einsatzort/> (Download: 25.11.25).

Materne, Nadine (2025): Segeberger Petition für mehr Lehrerstellen erfolglos: Enttäuschung über finalen Beschluss. URL: <https://www.kn-online.de/lokales/segeberg/petition-fuer-mehr-lehrerstellen-aus-segeberg-beschluss-enttaeuscht-unterstuetzer-SH6OUJJF75GCZNQFMAERF3SNGQ.html> (Download: 21.11.25).

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (2020): Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/H/hochschulreform/Downloads/Mantel_Zielvereinbarung.pdf

Möckel, Alexandra (2022): Mehr als 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr - für unsere Sicherheit. URL: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/mehr-als-100-milliarden-euro-bundeswehr-sicherheit-5362112> (Download: 03.11.25).

NDR (2025): Universität Kiel kritisiert neues Finanzierungsmodell. URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Universitaet-Kiel-kritisiert-neues-Finanzierungsmodell-des-Landes.regionkielnews2800.html> (Download: 21.11.2025).

Redaktion der Bundeswehr (2025): Deutschland investiert in Verteidigung und stärkt das Bündnis. URL: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/deutschland-investiert-in-verteidigung-und-staerkt-das-buendnis-6045046> (Download: 27.11.2025).

Tagesschau (2025): Was die Bundeswehr nun doch behalten will. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/bundeswehr-932.pdf> (Download: 03.11.25).

Talent transfair (2025): Jobmesse HAW & CAU Kiel. Übersicht der Aussteller der talent transfair 2025 an der HAW Kiel. URL: <https://talent-transfair.myunijobs.com> (Download: 27.11.25).